

Antragstellend: Bundesvorstand

Antragstext: Der 44. Bundesparteitag der PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ möge folgende Änderungen (Grün: hinzugefügt, Rot: gestrichen) der Bundessatzung beschließen:

Neue Fassung: § 3.4 a) Die Mitgliedschaft wird schriftlich per Online-Antrag, per E-Mail oder per Post bei der Partei beantragt. **Unmittelbar nach Eingang wird der Antrag auch dem für den Erstwohnsitz des Antragstellers zuständigen Landesvorstand weitergeleitet.**

Die Mitgliederverwaltung prüft die Mitgliedsanträge **anschließend vor und schickt den Prüfbericht innerhalb von max. 14 Tagen nach Eingang** ~~leitet sie~~ an den ~~für den Erstwohnsitz des Antragstellers zuständigen~~ Landesvorstand weiter. Sie kann eine Empfehlung zur Aufnahme oder zur Ablehnung aussprechen. **Erst nach Zusendung dieses Prüfberichts kann der Landesvorstand über die Aufnahme oder Ablehnung entscheiden. Schickt die Mitgliederverwaltung innerhalb der 14 Tage keinen Prüfbericht zu, ist der Landesvorstand befugt, auch ohne den Prüfbericht der Mitgliederverwaltung zu entscheiden.**

Spricht die Mitgliederverwaltung sie eine Empfehlung zur Ablehnung aus, muss sie **gleichzeitig mit dem Landesvorstand auch den Bundesvorstand informieren.** Der zuständige Landesvorstand entscheidet – unter Berücksichtigung der §§ 3.1, 3.2 und 3.3 – ~~danach~~ innerhalb von 7 Tagen **nach Eingang des Prüfberichts der Mitgliederverwaltung bzw. innerhalb von 7 Tagen nach Ablauf der 14 Tage** über die Aufnahme oder Ablehnung des Antragstellers. In begründeten Ausnahmefällen kann die Entscheidungsfrist **in** ~~Absprache mit der Mitgliederverwaltung~~ auf bis zu einen Monat verlängert werden. **Hierzu genügt es, wenn innerhalb der 7 Tage ein Antrag auf Verlängerung bei der Mitgliederverwaltung eingeht. Diese muss dem Antrag entsprechen.**

Der zuständige Landesvorstand teilt seine Entscheidung unverzüglich der Mitgliederverwaltung mit. Im Falle der Ablehnung eines Mitgliedsantrags durch den zuständigen Landesvorstand ~~verband~~ informiert dieser unter Angabe von Gründen schriftlich und unverzüglich die Mitgliederverwaltung, die den Vorgang zur Entscheidung **unmittelbar** an den Bundesvorstand weiterleitet.

Die **endgültige Entscheidung über alle Mitgliedsanträge in Zweifelsfällen** obliegt grundsätzlich dem Bundesvorstand, der den zuständigen Landesvorstand überstimmen kann. Hierfür hat der Bundesvorstand nach positiver oder negativer Entscheidung des Landesvorstands 7 Tage Zeit. Während dieser 7 Tage darf die Mitgliederverwaltung noch nicht die Aufnahme oder Ablehnung formal vollziehen. In begründeten Ausnahmefällen

kann die Entscheidungsfrist auf bis zu 14 Tage verlängert werden. Hierzu genügt es, wenn innerhalb der 7 Tage ein Antrag auf Verlängerung bei der Mitgliederverwaltung eingeht. Diese muss dem Antrag entsprechen.

Geht innerhalb der Frist keine Rückmeldung des zuständigen Landesvorstands bei der Mitgliederverwaltung ein und hatte die Mitgliederverwaltung zuvor eine Aufnahme empfohlen, gilt die Aufnahme durch den Landesvorstand als bestätigt und wird, sofern der Bundesvorstand innerhalb seiner 7 bzw. 14 Tage kein Veto einlegt, anschließend innerhalb von max. 14 Tagen ~~Wochen~~ **zeitnah** formal durch die Mitgliederverwaltung vollzogen. Diese automatische Aufnahme kann nach Fristablauf nicht mehr zurückgenommen werden.

Geht innerhalb der Frist keine Rückmeldung des Bundesvorstands bei der Mitgliederverwaltung ein, gilt die jeweilige Entscheidung des Landesvorstands als akzeptiert. Geht von Bundes- und Landesvorstand keine Rückmeldung innerhalb ihrer jeweiligen Frist ein und hatte die Mitgliederverwaltung zuvor eine Aufnahme empfohlen, gilt die Aufnahme durch beide Gremien als bestätigt und wird innerhalb von max. 14 Tagen formal durch die Mitgliederverwaltung vollzogen. Die automatische Aufnahme kann nach Fristablauf nicht mehr zurückgenommen werden.

Die Ablehnung eines Antrags muss dem Antragsteller gegenüber nicht begründet werden. Für Landesverbände ohne handlungsfähigen Landesvorstand trifft der Bundesvorstand die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung eines Aufnahmeantrags.

Alte Fassung: § 3.4 a) Die Mitgliedschaft wird schriftlich per Online-Antrag, per E-Mail oder per Post bei der Partei beantragt. Die Mitgliederverwaltung prüft die Mitgliedsanträge und leitet sie an den für den Erstwohnsitz des Antragstellers zuständigen Landesvorstand weiter. Sie kann eine Empfehlung zur Aufnahme oder zur Ablehnung aussprechen. Spricht sie eine Empfehlung zur Ablehnung aus, muss sie auch den Bundesvorstand informieren. Der zuständige Landesvorstand entscheidet – unter Berücksichtigung der §§ 3.1, 3.2 und 3.3 – danach innerhalb von 7 Tagen über die Aufnahme oder Ablehnung des Antragstellers. In begründeten Ausnahmefällen kann die Entscheidungsfrist in Absprache mit der Mitgliederverwaltung auf bis zu einen Monat verlängert werden. Der zuständige Landesvorstand teilt seine Entscheidung unverzüglich der Mitgliederverwaltung mit. Im Falle der Ablehnung eines Mitgliedsantrags durch den zuständigen Landesverband informiert dieser unter Angabe von Gründen schriftlich und unverzüglich die Mitgliederverwaltung, die den Vorgang zur Entscheidung an den Bundesvorstand weiterleitet. Die Entscheidung in Zweifelsfällen obliegt grundsätzlich dem Bundesvorstand. Geht innerhalb der Frist keine Rückmeldung des zuständigen Landesvorstands bei der Mitgliederverwaltung ein und hatte die Mitgliederverwaltung zuvor eine Aufnahme empfohlen, gilt die Aufnahme als bestätigt und wird zeitnah formal durch die Mitgliederverwaltung vollzogen. Die Ablehnung eines Antrags muss dem Antragsteller gegenüber nicht begründet werden. Für Landesverbände ohne handlungsfähigen Landesvorstand trifft der Bundesvorstand die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung eines Aufnahmeantrags.

Begründung des Antrags:

Die max. Bearbeitungszeit läge also bei 2 Wochen (Vorprüfung Mitgliederverwaltung) + 4 Wochen (max. Zeit Landesvorstand) + 2 Wochen (max. Zeit Bundesvorstand) + 2 Wochen (max. Zeit zur formalen Vollziehung der Aufnahme oder Ablehnung) = 10 Wochen. Sowieso schon ziemlich viel, aber deutlich, deutlich besser als jetzt - und das ist ja auch nur das Maximum, alle Beteiligten haben in der Hand, dass es schneller geht. Immerhin gäbe es dann eine klare Obergrenze.

Der Antrag versucht, alle Kritik, die es an den bisherigen Unklarheiten zur Mitgliederaufnahme in der Satzung gab, zu berücksichtigen: überhaupt keine klaren Fristen für Bundesvorstand und Mitgliederverwaltung definiert; Veto-Recht des Bundesvorstands nicht klar genug beschrieben; nicht beschrieben, was überhaupt passiert, wenn die Fristen versäumt werden; der Landesvorstand soll nun zwingend immer sofort über den Eingang eines Antrags Bescheid bekommen (darf aber noch nichts ohne Prüfbericht entscheiden); keine Rechtsunsicherheit mehr für Landesvorstände, wenn sie einen Antrag auf Verlängerung auf einen Monat Bearbeitungszeit stellen, ob die Mitgliederverwaltung diesem auch stattgibt (was sie in der Praxis sowieso immer getan hat).

Diese ganze Anarchie führte sowohl im Bundesvorstand als auch zwischen Bundes- und Landesvorständen regelmäßig zu endlosen Diskussionen, ohne dass sich klar ermitteln ließe, wer Recht hat und wie weiter zu verfahren ist. Diese Zeit können wir uns sparen und stattdessen konstruktiv und effizient für die Partei einsetzen. Bitte.

Wichtig: Inhaltlich ändert der Antrag nichts Wesentliches, zumindest das ist also kein Grund, ihn abzulehnen. Das Veto-Recht gibt es z.B. bereits, hat die zweite Kammer des Schiedsgerichts geurteilt. Jemand kann auch gerne beantragen, das zu ändern und wir diskutieren darüber - aber es wäre Unsinn, deswegen den Antrag ablehnen. Genauso verhält es sich damit, dass die Landesvorsitzenden zumindest bis zu 2 Wochen auf den Prüfbericht warten müssen. Bisher bekommen sie ja den Antrag ohne Prüfbericht überhaupt noch nicht, nicht einmal zur Kenntnis. Auch hier, definitiv keine Verschlechterung für Landesvorstände.

Aída Spiegel Castañeda
Bundesvorsitzende

Dr. Marcel Krohn
Bundesvorsitzender

Robert Gabel
Bundesvorsitzender